

# Zerstörung des menschenfreundlichen Klimas

## Teil II (FDP)

Nach 21 Jahren Verhandlung beschließen in Paris am 12.12.2015 197 Staaten einstimmig auf der größte Konferenz der gesamten Menschheitsgeschichte, gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, um die Erhöhung der weltweite Durchschnittstemperatur auf 1,5 Grad zu begrenzen, mindestens aber deutlich unter 2 Grad zu bleiben.

Als der Klima-Vertrag 2016 endlich von allen Parlamenten der Welt unterzeichnet und gültig wurde, lag die Erwärmung schon bei 1 Grad und es war nur noch möglich ungefähr 500 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> (Äquivalente) in die Luft zu blasen, um 1,5 Grad nicht zu überschreiten. Als Orientierungsgröße für die Staaten gilt dabei die Bevölkerungsgröße. Deutschland mit 1,1% der Weltbevölkerung durfte demnach nur noch 5,5 Milliarden Tonnen in die Luft blasen, was allerdings in den letzten acht Jahren bereits geschehen ist.

Die FDP hat dem Vertrag damals einstimmig zugestimmt und sie ist in ihrem aktuellen Wahlprogramm wahrscheinlich die einzige Partei, die eine Methode zu dessen Einhaltung überhaupt benennt: „Jährlich sinkende Obergrenze für Treibhausgasemissionen“ bzw. „gedeckelten Treibhausgasmenge“ S. 39

### **Mehr Verbrennen für Klimaschutz**

Sie nennt aber keine Zahl für diese nicht existierende Menge, sondern setzt sich ausschließlich für Maßnahmen ein, diese Menge in den nächsten Jahrzehnten noch zu vergrößern. „Wir wollen das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im deutschen Klimaschutzgesetz durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen“ um den Betrieben „mehr Zeit für die Umstellung auf klimafreundliche Technologien.“ zu verschaffen, „umgehende Aufhebung des faktischen Verbrenner-Verbots“, „das Heizungsgesetz“ muss „vollständig auslaufen“ (S.44), „streichen wir die Luftverkehrssteuer“.

Mit dem Überziehen seines CO<sub>2</sub>-Budgets hat Deutschland praktisch bereits Völkerrecht gebrochen. Dennoch behauptet die FDP, dass es im weltweiten Vergleich zu restriktiv reguliert worden sei und hofft, dass die Erlaubnis zu weiterer Klimazerstörung am Ende zu weniger führen würde. Warum die FDP zwischen „globalem CO<sub>2</sub>-Preis“ und in der EU „gebildetem CO<sub>2</sub>-Preis“ unterscheidet, bleibt unklar.

# Zerstörung des menschenfreundlichen Klimas

## Teil II (FDP)

Nach 21 Jahren Verhandlung beschließen in Paris am 12.12.2015 197 Staaten einstimmig auf der größte Konferenz der gesamten Menschheitsgeschichte, gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, um die Erhöhung der weltweite Durchschnittstemperatur auf 1,5 Grad zu begrenzen, mindestens aber deutlich unter 2 Grad zu bleiben.

Als der Klima-Vertrag 2016 endlich von allen Parlamenten der Welt unterzeichnet und gültig wurde, lag die Erwärmung schon bei 1 Grad und es war nur noch möglich ungefähr 500 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> (Äquivalente) in die Luft zu blasen, um 1,5 Grad nicht zu überschreiten. Als Orientierungsgröße für die Staaten gilt dabei die Bevölkerungsgröße. Deutschland mit 1,1% der Weltbevölkerung durfte demnach nur noch 5,5 Milliarden Tonnen in die Luft blasen, was allerdings in den letzten acht Jahren bereits geschehen ist.

Die FDP hat dem Vertrag damals einstimmig zugestimmt und sie ist in ihrem aktuellen Wahlprogramm wahrscheinlich die einzige Partei, die eine Methode zu dessen Einhaltung überhaupt benennt: „Jährlich sinkende Obergrenze für Treibhausgasemissionen“ bzw. „gedeckelten Treibhausgasmenge“ S. 39

### **Mehr Verbrennen für Klimaschutz**

Sie nennt aber keine Zahl für diese nicht existierende Menge, sondern setzt sich ausschließlich für Maßnahmen ein, diese Menge in den nächsten Jahrzehnten noch zu vergrößern. „Wir wollen das Ziel der Klimaneutralität bis 2045 im deutschen Klimaschutzgesetz durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen“ um den Betrieben „mehr Zeit für die Umstellung auf klimafreundliche Technologien.“ zu verschaffen, „umgehende Aufhebung des faktischen Verbrenner-Verbots“, „das Heizungsgesetz“ muss „vollständig auslaufen“ (S.44), „streichen wir die Luftverkehrssteuer“.

Mit dem Überziehen seines CO<sub>2</sub>-Budgets hat Deutschland praktisch bereits Völkerrecht gebrochen. Dennoch behauptet die FDP, dass es im weltweiten Vergleich zu restriktiv reguliert worden sei und hofft, dass die Erlaubnis zu weiterer Klimazerstörung am Ende zu weniger führen würde. Warum die FDP zwischen „globalem CO<sub>2</sub>-Preis“ und in der EU „gebildetem CO<sub>2</sub>-Preis“ unterscheidet, bleibt unklar.

# Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2025

[https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm\\_2025.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf)

S. 39

erreichen. Dafür wollen wir einen einheitlichen **europäischen Emissionshandel als Leitinstrument der Klimapolitik** etablieren. Mit seiner jährlich sinkenden Obergrenze für Treibhausgasemissionen stellt der Emissionshandel sicher, dass die europäischen Klimaziele eingehalten werden. Der durch den Handel mit Emissionsrechten gebildete CO<sub>2</sub>-Preis sorgt dafür, dass Treibhausgase immer dort eingespart werden, wo dies am günstigsten ist. Weitere Regulierungen, die aufgrund der gedeckelten Treibhausgasmenge im Emissionshandel keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben, müssen abgeschafft werden. Um die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen und faire Wettbewerbsbedingungen für die europäische Industrie sicherzustellen, setzen wir uns für einen internationalen Emissionshandel mit einem globalen CO<sub>2</sub>-Preis ein.

Da nationale Sonderziele im Rahmen des europäischen Emissionshandels keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben können, wollen wir das **Ziel der Klimaneutralität bis 2045** im deutschen Klimaschutzgesetz **durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen**. Damit verschaffen wir den Betrieben, gerade der energieintensiven Industrie, mehr Zeit für die Umstellung auf klimafreundliche Technologien. Anlagen, die zu Wertschöpfung beitragen, können so fünf Jahre länger genutzt werden. Auch der Hochlauf und die Marktreifung neuer Technologien gewinnen mehr Zeit. **Das stärkt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen, sichert**

## **Umweltpolitik als Innovationsmotor – Erfolgreich im weltweiten Markt**

Wir wollen Umwelttechnik „Made in Germany“. Dazu müssen wir Rahmenbedingungen setzen, die Innovationen hervorbringen, welche in anderen Ländern Europas und weltweit nachgefragt werden. Dazu wollen wir die Innovationskraft unserer Unternehmen stärken, indem wir nationale Sonderwege vermeiden.

Mit der Chemieindustrie, der Automobilindustrie und dem Maschinenbau verfügen wir in Deutschland über weltweit erfolgreiche Branchen. **Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit hat sich**

39

---

Deutschland durch restriktive Regulierungen beispielsweise bei Grenzwerten, Technikvorgaben und Quotenanforderungen deutlich über den europäischen Rahmen hinausbewegt und sich weit von weltweiter Regulierung entfernt. Die im und für den deutschen Markt entwickelten Produkte verfehlen somit die Anforderungen anderer Märkte. Wir werden die **Umweltstandards in Deutschland und Europa zusammenführen und es unserer Industrie so ermöglichen, weltweit nachgefragte Produkte zu entwickeln**.

# Das Programm der Freien Demokraten zur Bundestagswahl 2025

[https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm\\_2025.pdf](https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf)

S. 39

erreichen. Dafür wollen wir einen einheitlichen **europäischen Emissionshandel als Leitinstrument der Klimapolitik** etablieren. Mit seiner jährlich sinkenden Obergrenze für Treibhausgasemissionen stellt der Emissionshandel sicher, dass die europäischen Klimaziele eingehalten werden. Der durch den Handel mit Emissionsrechten gebildete CO<sub>2</sub>-Preis sorgt dafür, dass Treibhausgase immer dort eingespart werden, wo dies am günstigsten ist. Weitere Regulierungen, die aufgrund der gedeckelten Treibhausgasmenge im Emissionshandel keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben, müssen abgeschafft werden. Um die Klimaziele des Pariser Abkommens zu erreichen und faire Wettbewerbsbedingungen für die europäische Industrie sicherzustellen, setzen wir uns für einen internationalen Emissionshandel mit einem globalen CO<sub>2</sub>-Preis ein.

Da nationale Sonderziele im Rahmen des europäischen Emissionshandels keinerlei zusätzlichen Nutzen für den Klimaschutz haben können, wollen wir das **Ziel der Klimaneutralität bis 2045** im deutschen Klimaschutzgesetz **durch das europäische Ziel der Klimaneutralität bis 2050 ersetzen**. Damit verschaffen wir den Betrieben, gerade der energieintensiven Industrie, mehr Zeit für die Umstellung auf klimafreundliche Technologien. Anlagen, die zu Wertschöpfung beitragen, können so fünf Jahre länger genutzt werden. Auch der Hochlauf und die Marktreifung neuer Technologien gewinnen mehr Zeit. **Das stärkt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen, sichert**

## **Umweltpolitik als Innovationsmotor – Erfolgreich im weltweiten Markt**

Wir wollen Umwelttechnik „Made in Germany“. Dazu müssen wir Rahmenbedingungen setzen, die Innovationen hervorbringen, welche in anderen Ländern Europas und weltweit nachgefragt werden. Dazu wollen wir die Innovationskraft unserer Unternehmen stärken, indem wir nationale Sonderwege vermeiden.

Mit der Chemieindustrie, der Automobilindustrie und dem Maschinenbau verfügen wir in Deutschland über weltweit erfolgreiche Branchen. **Auf dem Weg zur Nachhaltigkeit hat sich**

39

---

Deutschland durch restriktive Regulierungen beispielsweise bei Grenzwerten, Technikvorgaben und Quotenanforderungen deutlich über den europäischen Rahmen hinausbewegt und sich weit von weltweiter Regulierung entfernt. Die im und für den deutschen Markt entwickelten Produkte verfehlen somit die Anforderungen anderer Märkte. Wir werden die **Umweltstandards in Deutschland und Europa zusammenführen und es unserer Industrie so ermöglichen, weltweit nachgefragte Produkte zu entwickeln.**